

BFH anhängige Verfahren

Themenübersicht:

- AO § 171 Abs 10
Ablaufhemmung, Festsetzungsfrist, Verjährung

[BFH Az: V R 27/11](#)
- AO § 171 Abs 4
Ablaufhemmung, Betriebsprüfung, Unterbrechung, Verjährung, Verwirkung

[BFH Az: IV R 51/11](#)
- AO § 237 Abs 4
Erlass, Aussetzungszinsen, Sachliche Unbilligkeit, Billigkeitsgründe

[BFH Az: V R 29/11](#)
- AO § 237 Abs 4
Erlass, Aussetzungszinsen, Sachliche Unbilligkeit, Billigkeitsgründe

[BFH Az: V R 30/11](#)
- EGRL 112/2006 Art 43
Mehrwertsteuerrichtlinie

[EuGH Az: C-473/11](#)
- EnergieStG § 4
Energiesteuer, Treibstoff, Hauptbehälter, Ermessensentscheidung, Steuerschuldner, Gesamtschuldner

[BFH Az: VII R 52/11](#)
- ErbStG § 10 Abs 5 Nr 1
Erbchaftsteuer, Nachlassverbindlichkeit, Stichtag, Steuerberatungskosten

[BFH Az: II R 50/11](#)
- ErbStG § 5 Abs 2
Erbchaftsteuer, Pflichtteilsanspruch, Zugewinnausgleich

- EStG § 15 Abs 4 S 3
Termingeschäft, Indexzertifikat, Teilwertabschreibung, Verlustausgleich

[BFH Az: IV R 53/11](#)

- EStG § 15a Abs 1 S 2
Negatives Kapitalkonto, Hafteinlage, Minderung, Realteilung, Nachversteuerung, Handelsregister

[BFH Az: IV R 47/11](#)

- EStG § 17 Abs 1
Wesentliche Beteiligung, Treuhandverhältnis, Festsetzungsfrist, Steuerhinterziehung

[BFH Az: IX R 33/11](#)

- EStG § 17 Abs 1
Wesentlichkeitsgrenze, Gesetzesänderung

[BFH Az: IX R 34/11](#)

- EStG § 17 Abs 1
Wesentliche Beteiligung, Verfassungsmäßigkeit, Gesetzesänderung

[BFH Az: IX R 36/11](#)

- EStG § 17 Abs 1
Auflösungsverlust, Nachträgliche Anschaffungskosten, Ersatzanspruch

[BFH Az: IX R 37/11](#)

- EStG § 17 Abs 2
Nachträgliches Ereignis, Erhöhung, Veräußerungsgewinn, Rückwirkung

[BFH Az: IX R 32/11](#)

- EStG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1
Einkünfteerzielungsabsicht, Leerstand, Vermietung

[BFH Az: IX R 39/11](#)

- EStG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1
Einkünfteerzielungsabsicht, Leerstand, Vermietung

[BFH Az: IX R 40/11](#)

- EStG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1
Einkünfteerzielungsabsicht, Leerstand, Vermietung

[BFH Az: IX R 41/11](#)

- EStG § 23 Abs 3
Veräußerungsverlust, Optionsgeschäft, Inhaberschuldverschreibung

[BFH Az: IX R 38/11](#)

- EStG § 32 Abs 4 S 1 Nr 2 Buchst c
Ausbildungswilligkeit, Studium, Vollzeitberufstätigkeit, Grenzbetrag, Einkünfte und Bezüge

[BFH Az: III R 38/11](#)

- EStG § 32 Abs 4 S 1 Nr 3
Behinderung, Kind, Nachzahlung, Eingliederungshilfe, Lebensunterhalt

[BFH Az: III R 35/11](#)

- EStG § 32 Abs 4 S 2
Kindergeld, Grenzbetrag, Bezüge, Unterhalt

[BFH Az: III R 46/11](#)

- EStG § 4f
Kinderbetreuungskosten

[BFH Az: III R 29/11](#)

- EStG § 5a Abs 1
Tonnagebesteuerung, Schiff, Umlaufvermögen, Veräußerung, Gestaltungsmissbrauch

[BFH Az: IV R 45/11](#)

- EStG § 64 Abs 2 S 2
Haushaltsaufnahme, Berechtigter

[BFH Az: III R 25/11](#)

- EStG § 65 Abs 1 S 1 Nr 2
Kindergeld, Niederlande, Familienleistungsausgleich

[BFH Az: III R 48/11](#)

- EStG § 65 Abs 1 S 1 Nr 2
Kindergeld, Polen, Sozialversicherung, Arbeitnehmer

[BFH Az: III R 61/11](#)

Kindergeld, Rückforderung, Treu und Glauben

[BFH Az: III R 44/11](#)

- EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 1
Schuldzinsen, Darlehen, Ablösung, Zugewinnausgleich

[BFH Az: IX R 35/11](#)

- EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 1
Schuldzinsen, Drittaufwand, Eigentümer

[BFH Az: IX R 29/11](#)

- EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 1
Schuldzinsen, Drittaufwand, Eigentümer

[BFH Az: IX R 30/11](#)

- EWGRL 388/77 Art 17 Abs 2
Verwaltung von Kapitalanteilen, Mehrwertsteuer, Holdinggesellschaft, Haupttätigkeit

[EuGH Az: C-496/11](#)

- EWGV 918/83 Art 7 Abs 1
Einfuhr, Personenkraftwagen

[EuGH Az: C-487/11](#)

- FGO § 100 Abs 2 S 2
Anfechtbarkeit, Gerichtsentscheidung, Prüfung, Rechtsschutz

[BVerfG Az: 1 BvR 2306/11](#)

- FGO § 37 Abs 2
Rückforderung, Erstattung, Leistungsempfänger, Kreditinstitut

[BFH Az: VII R 63/11](#)

- GewStG § 9 Nr 1 S 2
Grundstücksunternehmen, Erweiterte Kürzung, Versicherung, Sondervermögen, Personengesellschaft

[BFH Az: IV R 50/11](#)

- GrEStG § 1 Abs 1 Nr 3 S 2 Buchst b
Bauland, Grunderwerbsteuer, Steuerpflicht, Umlegung

- InvZulG 2005 § 2 Abs 7
Investitionszulage, Verbundene Unternehmen, Partnerschaftsgesellschaft, Geschäftsbesorgungsvertrag, Bindungswirkung

[BFH Az: III R 30/11](#)

- UStG 2005 § 3a Abs 2 Nr 1 S 1
Ort der sonstigen Leistung, Steuerbare Leistung, Reisebüro, Verpflegung, Leistungsgegenstand, Reiseleistung

[BFH Az: V R 25/11](#)

- UStG 2008 § 12 Abs 2 Nr 1
Umsatzsteuersatz, Lebensmittelzubereitung, Einreihung

[BFH Az: VII R 54/11](#)

- ZK Art 5a
Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter

[BFH Az: VII R 43/11](#)

Im Einzelnen:

AO § 171 Abs 10:

Ablaufhemmung, Festsetzungsfrist, Verjährung

BFH Az: V R 27/11

Greift die Ablaufhemmung gemäß § 171 Abs. 10 AO auch dann uneingeschränkt, wenn sie auf Verwaltungsakte von ressortfremden Behörden anzuwenden ist, die mangels dort geregelter Festsetzungsfristen für weit zurück liegende Kalenderjahre ohne jede zeitliche Beschränkung ausgestellt werden und somit im Ergebnis den Gedanken der Rechtssicherheit stark aushöhlen, der den steuerlichen Verjährungsvorschriften von öffentlich-rechtlichen Ansprüchen zugrunde liegt?

AO § 171 Abs 4:

Ablaufhemmung, Betriebsprüfung, Unterbrechung, Verjährung, Verwirkung

BFH Az: IV R 51/11

Wirkt die Ablaufhemmung fort, wenn nach ersten Ermittlungshandlungen über einen Zeitraum von sechs Jahren hinweg keine für den Steuerpflichtigen erkennbare Prüfungshandlung, sondern nur ein Informationsaustausch zwischen mehreren Behörden stattfindet? Führt die jahrelange (vermeintliche) Untätigkeit zur Verwir-

fung" in § 171 Abs. 4 Satz 3 AO zu verstehen?

AO § 237 Abs 4:

Erlass, Aussetzungszinsen, Sachliche Unbilligkeit, Billigkeitsgründe

BFH Az: V R 29/11

1. Rechtfertigen die Umstände einer Aussetzung der Vollziehung (AdV) der angemeldeten Umsatzsteuer durch einen Entrichtungsschuldner (§ 55 UStDV) gegen Sicherheitsleistung, die seitens des Leistenden gestellt wurde (Verpfändung eines Festgeldkontos), und Nichtannahme eines telefonischen Angebots des Bevollmächtigten des Leistenden und Sicherungsgebers, die Treuhandvereinbarung über das Festgeldkonto zu kündigen und den rückständigen Betrag zu tilgen, für den Entrichtungsschuldner einen teilweisen Erlass der Aussetzungszinsen, wenn er insbesondere selbst nichts unternommen hatte, die AdV zu beseitigen und der Leistende ebenfalls keinen (weiteren) förmlichen Versuch unternommen hat, die AdV zu widerrufen und eine Freigabe der Sicherheit zu erreichen? 2. Sind festgesetzte Zinsen wegen AdV teilweise wegen sachlicher Unbilligkeit zu erlassen, wenn die AdV gegen Sicherheitsleistung in Form der Verpfändung eines Festgeldkontos, dessen Verzinsung niedriger ist als der gesetzliche AdV-Zinssatz, ausgesprochen wurde? 3. Handelt es sich bei der Entscheidung nach § 237 Abs. 4 AO analog zu der Regelung des § 163 AO um ein gesondertes Billigkeitsverfahren, das außerhalb eines Rechtsbehelfsverfahrens gegen die Zinsfestsetzung als solche zu behandeln ist?

AO § 237 Abs 4:

Erlass, Aussetzungszinsen, Sachliche Unbilligkeit, Billigkeitsgründe

BFH Az: V R 30/11

Ist auf die Erhebung von Aussetzungszinsen wegen der Ablehnung eines Antrags auf Aufhebung der Vollziehung (teilweise) zu verzichten, wenn nicht alles Gebotene gegenüber dem FA unternommen wurde, um die Aufhebung der Vollziehung zu erreichen?

EGRL 112/2006 Art 43:

Mehrwertsteuerrichtlinie

EuGH Az: C-473/11

Klage der Kommission gegen Königreich der Niederlande, eingereicht am

dadurch gegen seine Verpflichtungen aus den Art. 43, 96, 98 und 306 bis 310 der Mehrwertsteuerrichtlinie verstoßen hat, dass es eine Mehrwertsteuer-Sonderregelung für Reisebüros, wie sie im Erlass Nr. B71/2260 vom März 1971 festgelegt ist, angewandt hat; 2. dem Königreich der Niederlande die Kosten aufzuerlegen.

EnergieStG § 4:

Energiesteuer, Treibstoff, Hauptbehälter, Ermessensentscheidung, Steuerschuldner, Gesamtschuldner

BFH Az: VII R 52/11

Energiesteuererhebung vom Fahrer des LKW für in einem Zusatzbehälter mitgeführten, in Österreich und den Niederlanden getankten Dieselmotorkraftstoff. Ist der Halter des LKW, für dessen gewerbliche Zwecke das Fahrzeug verwendet wird, als wirtschaftlich Handelnder und Verwender des Kraftstoffs Steuerschuldner? Kann der Fahrer allenfalls als Gesamtschuldner neben dem Halter des LKW für die Energiesteuer in Anspruch genommen werden?

ErbStG § 10 Abs 5 Nr 1:

Erbschaftsteuer, Nachlassverbindlichkeit, Stichtag, Steuerberatungskosten

BFH Az: II R 50/11

Einkommensteuernachzahlung und Steuerberaterkosten als Nachlassverbindlichkeiten: Stellen Nachzahlungsbeträge zur Einkommensteuer, sowie Steuerberaterkosten zur Erstellung der Einkommensteuererklärung für das Todesjahr des Erblassers eine Nachlassverbindlichkeit des Rechtsnachfolgers dar?

ErbStG § 5 Abs 2:

Erbschaftsteuer, Pflichtteilsanspruch, Zugewinnausgleich

BFH Az: II R 52/11

Erwerb auf Grund eines geltend gemachten Pflichtteilsanspruchs Entfaltet eine Vergleichsvereinbarung über den bestehenden Zugewinnausgleichs- und Pflichtteilsanspruch nur für den Pflichtteilsanspruch erbschaftsteuerrechtliche Wirkung? Stellt die Zugewinnausgleichsforderung eine Erblässerschuld dar, die ihren Rechtsgrund gem. § 5 Abs. 2 ErbStG im ehelichen Güterrecht hat?

EStG § 15 Abs 4 S 3:

Termingeschäft, Indexzertifikat, Teilwertabschreibung, Verlustausgleich

BFH Az: IV R 53/11

Handelt es sich bei im Betriebsvermögen gehaltenen sog. "Index-Partizipationszertifikaten" um Termingeschäfte mit der Folge, dass darauf vorgenommene Teilwertabschreibungen dem Verlustausgleichsverbot des § 15 Abs. 4 Satz 3 EStG unterliegen?

EStG § 15a Abs 1 S 2:

Negatives Kapitalkonto, Hafteinlage, Minderung, Realteilung, Nachversteuerung, Handelsregister

BFH Az: IV R 47/11

Führt das Ausscheiden der Kommanditisten im Wege der steuerneutralen Realteilung der Gesellschaft (KG 1) in Verbindung mit der Einbringung des übernommenen Betriebsvermögens in eine neu gegründete KG mit geringerer Haftsumme zur Nachversteuerung der negativen Kapitalkonten? Unterbleibt die Nachversteuerung, wenn die Minderung des Haftkapitals der aus der KG 1 ausgeschiedenen Kommanditisten erst nach dem Bilanzstichtag im Handelsregister eingetragen wird?

EStG § 17 Abs 1:

Wesentliche Beteiligung, Treuhandverhältnis, Festsetzungsfrist, Steuerhinterziehung

BFH Az: IX R 33/11

Zeitweilige wesentliche Beteiligung (zu mehr als 25%) an AG - 1. Begründet die Nichterfüllung steuerlicher Nachweiserfordernisse der Treuhandschaft gemäß § 159 AO eine Steuerhinterziehung und folglich die Verlängerung der Festsetzungsfrist nach § 169 Abs. 2 S. 2 AO. Gilt die Verlängerung auch für den "passiven" Ehegatten. Ist trotz des fehlenden Nachweises für eine Treuhandschaft gemäß § 159 Abs. 1 AO die Verlängerung der Festsetzungsfrist ausgeschlossen, soweit die Behauptung des Steuerpflichtigen, er habe Anteile an einer AG lediglich treuhänderisch für andere erworben, nicht ohne weiteres als Schutzbehauptung von der Hand zu weisen ist? 2. Ist die Übergabe einer Kopie eines Zwischenscheins ausreichend zur rechtswirksamen Übertragung des Eigentums einer in Zwischenscheinen verbrieften Beteiligung an einer AG, bzw. ist die Übergabe überhaupt erforderlich. Ist die bloße Anwartschaft auf eine Beteiligung an einer AG in die Ermittlung der

EStG § 17 Abs 1:

Wesentlichkeitsgrenze, Gesetzesänderung

BFH Az: IX R 34/11

Beteiligung von weniger als 10 v.H. bei Inkrafttreten des StEntlG 1999/2000/2002
- Ist eine Anteilsveräußerung auch dann steuerpflichtig, wenn der Stpfl. im zeitlichen Anwendungsbereich des StEntlG 1999/2000/2002 seine Beteiligung von weniger als 10 v.H. veräußert hat, er aber zu einem Zeitpunkt in den fünf Vorjahren zu mindestens 10 v.H. beteiligt war. Auslegung des § 17 EStG in der Fassung des StEntlG 1999/2000/2002?

EStG § 17 Abs 1:

Wesentliche Beteiligung, Verfassungsmäßigkeit, Gesetzesänderung

BFH Az: IX R 36/11

Ist § 17 Abs. 1 Satz 1 EStG i.d.F. des Steuersenkungsgesetzes vom 23. Oktober 2000 (BGBl. I 2000, 1433) verfassungsgemäß?

EStG § 17 Abs 1:

Auflösungsverlust, Nachträgliche Anschaffungskosten, Ersatzanspruch

BFH Az: IX R 37/11

Nachträgliche Anschaffungskosten bei einem Auflösungsverlust gemäß § 17 EStG
- Kann sog. Drittaufwand auch bei einem vertraglichen Aufwendungsersatzanspruch zu nachträglichen Anschaffungskosten führen?

EStG § 17 Abs 2:

Nachträgliches Ereignis, Erhöhung, Veräußerungsgewinn, Rückwirkung

BFH Az: IX R 32/11

Nachträgliche Erhöhung des Veräußerungsgewinns durch erfüllte Zielvorgabe -
Liegt in der Erfüllung der in einem Besserungsschein vereinbarten Zielvorgabe (Erfüllung der prognostizierten Gewinnentwicklung) ein Ereignis mit steuerlicher Rückwirkung?

EStG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1:

Einkünfteerzielungsabsicht, Leerstand, Vermietung

BFH Az: IX R 39/11

Leerstand einer zuvor vermieteten Wohnung - Aufgabe der Einkünfteerzielungsabsicht, wenn eine auf Dauer angelegte Vermietung, die vom Mieter gekündigt wurde, nicht nach kurzer Zeit durch eine Neuvermietung weitergeführt wird?

EStG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1:

Einkünfteerzielungsabsicht, Leerstand, Vermietung

BFH Az: IX R 40/11

Leerstand einer zuvor vermieteten Wohnung - Aufgabe der Einkünfteerzielungsabsicht, wenn eine auf Dauer angelegte Vermietung, die vom Mieter gekündigt wurde, nicht nach kurzer Zeit durch eine Neuvermietung weitergeführt wird?

EStG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1:

Einkünfteerzielungsabsicht, Leerstand, Vermietung

BFH Az: IX R 41/11

Leerstand einer zuvor vermieteten Wohnung - Aufgabe der Einkünfteerzielungsabsicht, wenn eine auf Dauer angelegte Vermietung, die vom Mieter gekündigt wurde, nicht nach kurzer Zeit durch eine Neuvermietung weitergeführt wird?

EStG § 23 Abs 3:

Veräußerungsverlust, Optionsgeschäft, Inhaberschuldverschreibung

BFH Az: IX R 38/11

Höhe des -steuerlichen- Verlustes aus der Rückzahlung einer Inhaberschuldverschreibung bei § 23 EStG - Ist ein Verlust in voller Höhe zu berücksichtigen, wenn zum Zeitpunkt der Ausübung einer Option, die zur Anschaffung einer Inhaberschuldverschreibung führt, feststeht, dass das Ergebnis aus der Anschaffung von der Option und der Inhaberschuldverschreibung und der Rückzahlung aus der Inhaberschuldverschreibung insgesamt negativ ist? Fallabwandlung mit Bezug auf das BFH-Verfahren unter dem Az.: VIII R 28/11.

EStG § 32 Abs 4 S 1 Nr 2 Buchst c:

Ausbildungswilligkeit, Studium, Vollzeitberwerbstätigkeit, Grenzbetrag, Einkünfte und Bezüge

BFH Az: III R 38/11

Kindergeldanspruch für Zeiten des bewussten Zuwartens auf den Beginn des Studiums bei Vollzeitberwerbstätigkeit? Sind die Einkünfte während des Zuwartens bei der Grenzbetragsberechnung zu berücksichtigen?

EStG § 32 Abs 4 S 1 Nr 3:

Behinderung, Kind, Nachzahlung, Eingliederungshilfe, Lebensunterhalt

BFH Az: III R 35/11

Rückforderung von Kindergeld für behindertes Kind aufgrund über den Bedarf liegender Kindeseinkünfte in einzelnen Monaten - Wie sind in den Fällen, in denen - wie im Streitfall - die Grundsicherung nach dem Sozialhilferecht nicht vollständig zeitgerecht ausgezahlt wird, die beim behinderten Kind verspätet zugeflossenen Nachzahlungen (hier: Arbeitslosengeld II und Einstiegsgeld) für andere Kalendermonate zu behandeln - Ist auf den tatsächlichen Zufluss abzustellen oder gilt das sog. normative Zuflussprinzip - Gehört das Einstiegsgeld gem. § 16b SGB II als Eingliederungsmaßnahme zu den anrechenbaren Bezügen - Aufwendungen für Musikerunfallversicherung bei der Einkünftermittlung des Kindes als Betriebsausgabe abziehbar?

EStG § 32 Abs 4 S 2:

Kindergeld, Grenzbetrag, Bezüge, Unterhalt

BFH Az: III R 46/11

Kindergeldrückforderung wegen Grenzbetragsüberschreitung - Hat die Tochter der Klägerin dem Grunde nach einen Unterhaltsanspruch nach § 1615I BGB gegen den Vater ihres eigenen Kindes, der zum Wegfall des Kindergeldanspruchs der Klägerin führt - Gehört der Unterhaltsanspruch der Tochter gegenüber dem Kindsvater zu den "Bezügen" i.S. von § 32 Abs. 4 Satz 2 EStG?

EStG § 4f:

Kinderbetreuungskosten

BFH Az: III R 29/11

Kinderbetreuungskosten - Abzugsfähigkeit von in den Jahren 2006 und 2007 ge-

in einem deutschsprachigen städtischen Kindergarten eingesetzt wurden, in denen die Kinder des Klägers betreut wurden, als Kinderbetreuungskosten gem. § 9 Abs. 5 i.V. mit § 4f EStG - Begriff "Dienstleistungen zur Betreuung" i.S. von § 4f Satz 1 EStG und "Unterricht" i.S. von § 4f Satz 3 EStG?

EStG § 5a Abs 1:

Tonnagebesteuerung, Schiff, Umlaufvermögen, Veräußerung, Gestaltungsmissbrauch

BFH Az: IV R 45/11

Steht der Umstand, dass die Schifffahrtsgesellschaft das Handelsschiff bereits in der Absicht erworben hat, dieses nach kurzer Zeit (im Streitfall nach 70 Tagen) wieder zu veräußern und es nicht dauerhaft zur Erzielung von Einkünften aus dem Betrieb im internationalen Verkehr zu nutzen, der Option zur Tonnagebesteuerung entgegen? Stellt die kurzfristige Weiterveräußerung des Schiffes ggf. einen Gestaltungsmissbrauch dar?

EStG § 64 Abs 2 S 2:

Haushaltsaufnahme, Berechtigter

BFH Az: III R 25/11

Kindergeldgewährung bei Aufnahme des Kindes in beiden elterlichen Haushalten - Unter welchen Umständen ist die Berechtigtenbestimmung der Eltern bei Aufnahme in beide Haushalte maßgeblich - Ist bei einem Betreuungsverhältnis von 40 % zu 60 % von einer annähernd gleichwertigen Haushaltsaufnahme auszugehen?

EStG § 65 Abs 1 S 1 Nr 2:

Kindergeld, Niederlande, Familienleistungsausgleich

BFH Az: III R 48/11

Kindergeldanspruch bei Bezug niederländischer Familienleistungen - Schließt die Bewilligung von niederländischen Kindergeld ungeachtet seiner geringen Höhe den Anspruch auf deutsches Kindergeld insgesamt aus oder hat der in Deutschland wohnende, aber in den Niederlanden arbeitende und in das dortige soziale Sicherungssystem integrierte Kläger Anspruch auf den Differenzbetrag zwischen deutschen und niederländischen Kindergeld?

EStG § 65 Abs 1 S 1 Nr 2:

Kindergeld, Polen, Sozialversicherung, Arbeitnehmer

BFH Az: III R 61/11

Hat eine deutsche Staatsangehörige mit Wohnsitz im Inland Anspruch auf Kindergeld, wenn in Polen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt wird und die Kinder in Polen leben?

EStG § 70 Abs 2:

Kindergeld, Rückforderung, Treu und Glauben

BFH Az: III R 44/11

Reichweite der Grundsätze von Treu und Glauben bei Aufhebung und Rückforderung von - hier: für Enkelkind - zu Unrecht bezahltem Kindergeld - War die Familienkasse nach Treu und Glauben daran gehindert, die Kindergeldfestsetzung wegen des auf Art. 68 Abs. 1 Buchst. a VO(EG) Nr. 883/2004 beruhenden vorrangigen Kindergeldanspruchs der in Irland lebenden und dort einer Erwerbstätigkeit nachgegangenen Kindsmutter nach § 70 Abs. 2 EStG aufzuheben (Zulassung der Revision durch das FG im Hinblick auf die Frage, inwieweit die Risiken abzugrenzen sind, die die Kindergeldberechtigten einerseits und die Familienkassen andererseits zu tragen haben)?

EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 1:

Schuldzinsen, Darlehen, Ablösung, Zugewinnausgleich

BFH Az: IX R 35/11

Werbungskostencharakter der Schuldzinsen bei Ablösung einer Verbindlichkeit im Zusammenhang mit Regelungen zum Zugewinnausgleich - Stellen die Schuldzinsen aus den aufgenommenen Bankdarlehen zur Ablösung einer Darlehensverbindlichkeit gegenüber der Ehefrau im Rahmen der Regelung des Zugewinnausgleichs keine Werbungskosten dar, weil mit diesem privaten Zweck ein ursächlicher Zusammenhang besteht?

EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 1:

Schuldzinsen, Drittaufwand, Eigentümer

BFH Az: IX R 29/11

nem vom Nichteigentümer aufgenommenen Darlehen, den der Eigentümer-Ehegatte selbst tragen will, daran aber scheitert und so auf einen "Zuschuss" des Nichteigentümer-Ehegatten angewiesen ist, als Werbungskosten abzugsfähig?

EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 1:

Schuldzinsen, Drittaufwand, Eigentümer

BFH Az: IX R 30/11

Mittelzuwendung durch einen Nichtgemeinschaftler - Ist der Zinsaufwand aus einem vom Nichteigentümer aufgenommenen Darlehen, den der Eigentümer-Ehegatte selbst tragen will, daran aber scheitert und so auf einen "Zuschuss" des Nichteigentümer-Ehegatten angewiesen ist, als Werbungskosten abzugsfähig?

EWGRL 388/77 Art 17 Abs 2:

Verwaltung von Kapitalanteilen, Mehrwertsteuer, Holdinggesellschaft, Haupttätigkeit

EuGH Az: C-496/11

Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Central Administrativo Sul (Portugal), eingereicht am 26.09.2011, zu folgenden Fragen: 1. Steht es im Widerspruch zur korrekten Auslegung des Art. 17 Abs. 2 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1997, wenn die portugiesische Steuerverwaltung von der Rechtsmittelführerin - einer Holdinggesellschaft - aus dem Grund, dass deren Hauptgesellschaftszweck die Verwaltung von Kapitalanteilen anderer Gesellschaften ist, verlangt, für die gesamte auf ihre inputs angefallene Mehrwertsteuer die Methode des Pro-Rata-Abzugs anzuwenden, selbst wenn diese inputs (erworbene Dienstleistungen) einen direkten, unmittelbaren und eindeutigen Zusammenhang mit besteuerten Umsätzen - Dienstleistungserbringungen - aufweisen, die anschließend im Rahmen der rechtlich zulässigen Nebentätigkeit der Erbringung von technischen Verwaltungsdienstleistungen durchgeführt werden? 2. Kann eine Einheit, die als Holdinggesellschaft zu qualifizieren ist und die Mehrwertsteuer zu zahlen hat, wenn sie Gegenstände und Dienstleistungen erwirbt, die anschließend in vollem Umfang unter Erhebung von Mehrwertsteuer an ihre Beteiligungsgesellschaften weitergegeben werden, die gesamte bei diesen Erwerben angefallene Mehrwertsteuer mittels Anwendung der in Art. 17 Abs. 2 der Sechsten Richtlinie vorgesehenen Abzugsmethode der tatsächlichen Zuordnung abziehen, wenn diese Erwerbe eine Nebentätigkeit - Erbringung von technischen Verwaltungs- und Ma-

sellschaftsanteilen - darstellen?

**EWGV 918/83 Art 7 Abs 1:
Einfuhr, Personenkraftwagen**
EuGH Az: C-487/11

Vorabentscheidungsersuchen des Administrativa rajona tiesa (Republik Lettland), eingereicht am 22.09.2011 zu folgender Frage: Untersagt es Art. 7 Abs. 1 der Verordnung Nr. 918/83 dem Eigentümer eines privaten, von einem Drittstaat aus in die Europäische Union eingeführten Personenkraftwagens, diesen einem Mitglied seiner Familie zum unentgeltlichen Gebrauch zu überlassen, das seinen Wohnsitz tatsächlich aus dem Drittstaat in die Europäische Union verlegt hat und mit dem zusammen der Eigentümer des Personenkraftwagens vor dessen Einfuhr in die Europäische Union in dem Drittstaat einen Haushalt gebildet hatte, wenn sich der Eigentümer des Personenkraftwagens seit der Einfuhr des Personenkraftwagens in die Europäische Union überwiegend in dem Drittstaat aufhält?

**FGO § 100 Abs 2 S 2:
Anfechtbarkeit, Gerichtsentscheidung, Prüfung, Rechtsschutz**
BVerfG Az: 1 BvR 2306/11

Anfechtung eines Betrageserrechnungsbescheids i.S.d. § 100 Abs. 2 Satz 3 2. Halbs.
FGO

**FGO § 37 Abs 2:
Rückforderung, Erstattung, Leistungsempfänger, Kreditinstitut**
BFH Az: VII R 63/11

Rückforderung einer Umsatzsteuererstattung vom Kreditinstitut, bei dem der Erstattungsbetrag auf einem (bereits aus dem technischen Bestand der laufenden Konten entnommenen) Konto verbucht und zur Tilgung eigener Forderungen gegen die Gesellschafter der Steuerschuldnerin später umgebucht worden ist. Ist die Bank Leistungsempfängerin i.S. des § 37 Abs. 2 AO, sofern die auf dem noch nicht abgerechneten, bei ihr geführtem Konto verbuchten Beträge in eigenem Interesse auf eigene Forderungen umgebucht worden sind? Ist die eigene Zweckbestimmung der Bank dann unbeachtlich, wenn der Steuerpflichtige tatsächlich in den Genuss der Erstattung kommt? Mangelhafte Sachverhaltsermittlung hinsichtlich der Frage, ob das Konto vor Überweisung des FA erloschen war bzw. gekündigt worden ist?

GewStG § 9 Nr 1 S 2:

Grundstücksunternehmen, Erweiterte Kürzung, Versicherung, Sondervermögen, Personengesellschaft

BFH Az: IV R 50/11

Führte die im Streitfall abgegebene geschäftsplanmäßige Erklärung einer Versicherungsgesellschaft dazu, dass ihre Beteiligung an einer grundstücksverwaltenden Personengesellschaft (Klägerin) in das Sicherungsvermögen (vormals Deckungsstock) einbezogen wurde? Diente der Grundbesitz der Klägerin damit dem Gewerbebetrieb eines Gesellschafters und ist ihr daher die erweiterte Kürzung für Grundbesitzunternehmen gemäß § 9 Nr. 1 Satz 5 GewStG zu versagen?

GrEStG § 1 Abs 1 Nr 3 S 2 Buchst b:

Bauland, Grunderwerbsteuer, Steuerpflicht, Umlegung

BVerfG Az: 1 BvR 2880/11

Grunderwerbsteuerpflicht des Grundstückserwerbs im Rahmen der freiwilligen Baulandumlegung

InvZulG 2005 § 2 Abs 7:

Investitionszulage, Verbundene Unternehmen, Partnerschaftsgesellschaft, Geschäftsbesorgungsvertrag, Bindungswirkung

BFH Az: III R 30/11

Inwiefern liegt im Streitfall eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen nach § 2 Abs. 7 InvZulG 2005 i.V.m. Art. 3 Abs. 3 des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Empfehlung) vor? Entfaltet der Zuwendungsbescheid der Investitionsbank über einen "GA-Zuschuss" Bindungswirkung?

UStG 2005 § 3a Abs 2 Nr 1 S 1:

Ort der sonstigen Leistung, Steuerbare Leistung, Reisebüro, Verpflegung, Leistungsgegenstand, Reiseleistung

BFH Az: V R 25/11

1. Sind Verpflegungsleistungen, die ein Touristikunternehmen als Teil von Leistungspaketen im Zusammenhang mit Hotelleistungen an Busunternehmen ver-

Richtlinie 2006/112/EG auch dann angewandt werden, wenn die Reiseleistung an eine andere Person als den Reisenden verkauft wird? (Siehe EuGH-Vorlagen C-189/11, C-193/11, C-220/11, C-236/11, C-269/11, C-293/11, C-296/11 und C-309/11)

UStG 2008 § 12 Abs 2 Nr 1:

Umsatzsteuersatz, Lebensmittelzubereitung, Einreihung

BFH Az: VII R 54/11

Einreihung von Sondennahrung (zur ausschließlichen Ernährung von Patienten: Flüssigkeit muss der Patient noch separat aufnehmen). Liegt eine Lebensmittelzubereitung oder ein Getränk vor?

ZK Art 5a:

Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter

BFH Az: VII R 43/11

Sicherheitsüberprüfung der in sensiblen Bereichen tätigen Mitarbeiter der beantragenden Firma im Rahmen der Erteilung des Status als zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (Erteilung eines AEO-Zertifikats). Werden durch die Einholung von polizeilichen Führungszeugnissen -neben dem vorgeschriebenen Bankenscreening jedes Mitarbeiters durch die jeweils kontoführende Bank- die Vorgaben der Kommission an die Sicherheitsüberprüfung i.S. des Art. 14k Abs. 1 Buchst. f ZKDVO erfüllt? Darf die Behörde daneben einen Abgleich der Mitarbeiternamen mit den Namen in den Listen der VO (EG) Nr. 2580/2001 und 881/2002 verlangen (datenschutzrechtlich zulässig)?